Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Humor. „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Wochenblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus und Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6.10 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2.10 M., vierteljährlich 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatlich: für Ausland 8 M., für Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46/49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10181-10185, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: à Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" und „Wohnungs-Anzeiger" 50 M.) Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 83, Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40; Prinzenstraße 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg, Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 29; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 39; Groß-Lichterfelde-West, Carlstr. 1/3; Halensee-Grunewald, Hertzstr. 1; Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 130; Neukölln, Berliner Str. 41; Pankow, Bornholmer Str. 1; Schöneberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 5; Tegel, Berliner Str. 96; Tempelhof, Berliner Str. 104a; Wilmersdorf, Berliner Allee 28; Wilmersdorf, Uhlandstr. 96/99; in der Provinz: Brandenburg a. H., Steinstr. 1; Frankfurt a. O., Regierungsstr. 5; Potsdam, Brandenburger Str. 23; Spandau, Breite Str. 47.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 294.
41. Jahrgang

Mittwoch
12. Juni 1912

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 24.

Die japanischen Reichstagswahlen.

Sieg der liberalen Regierungsmehrheit. — Dezimierung des reaktionären Flügels. — Die Aussichten des Kabinetts Sajondji. — Das Problem der Finanzreform.

(Von unserem Korrespondenten.)

Yokohama, 24. Mai 1912.

Die Neuwahlen zum japanischen Reichstag sind so ausgefallen, wie es vorauszusehen war. Entgegen der Erwartung vieler Japaner haben sie keine Schwächung, sondern eine Stärkung der liberalen Mehrheitspartei (Sejukai) gebracht. Die letzten Wahlen im Jahre 1908 ergaben folgende Parteistärken: Sejukai 191, Kense Honto 65, Daido Klub 30, Boshin Klub 42, Juschin-Kai 45, Wilde 6, zusammen 379. Während der fünfundzwanzigsten Tagung im Winter 1908 bis 1909 blieb der Stand der Parteien unverändert. Während der sechsundzwanzigsten Tagung wuchs die Sejukai durch Zulauf aus anderen Parteien auf über 200 Mitglieder an. Aus der Auflösung kleinerer Parteien gingen der Tschuplklub und die Kokuminto hervor, so daß der Stand der Parteien am Ende der sechsundzwanzigsten Tagung war: Sejukai 204, Kokuminto 92, Tschuoklub 50, Juschin-Kai 18, Wilde 15, zusammen 379. Während der siebenundzwanzigsten Tagung löste sich die Juschinkai auf, während der achtundzwanzigsten Tagung (1911 bis 1912) zählten: Sejukai 208, Kokuminto 87, Tschuoklub 50, Wilde 34; zusammen 379.

Keine Partei hat ein positives Programm. Sie alle sind nur Schwärme, die einem Führer folgen, der aber ständig mit Desertionen rechnen müßte. Die ältesten Parteien, die Dsiuto und Schimpoto wurden 1880 und 1881, zehn Jahre vor der Eröffnung des ersten Reichstags (Herbst 1890) von den ehemaligen Samurai Itagaki und Okuma gegründet. Beide drängten auf Einführung der parlamentarischen Verfassung, konnten aber 1890 nicht in das Parlament eintreten, da sie 1885 bei der Schaffung des neuen Adels den Grafentitel angenommen hatten. Das Unterhaus blieb ihnen deshalb dauernd verschlossen, und ins Oberhaus wurden sie nicht berufen. Sie waren also von der konservativen Regierung kaltgestellt und konnten ihre Truppen nicht persönlich auf den Kampfplatz des Parlaments führen. Doch legte Ito der Unterhausopposition wegen im Juni 1898 sein drittes Ministerpräsidium nieder und warf die Zügel der Regierung den Gegnern zu, als wollte er sagen: „Negative Kritik habt ihr genug geübt; nun zeigt, ob ihr positiv etwas leisten könnt!" Okuma trat in nähere Verbindung mit Itagaki, die Parteien verschmolzen sich rasch zur Kenseito. Okuma übernahm das Ministerpräsidium und das Auswärtige, Itagaki das Innere. Aber schon die Einsetzung der übrigen Ministerien tief die kleinliche Eifersucht der alten Parteien wach, und da die neuen Männer überhaupt nicht staatsmännisch gebildet waren, so brach das erste parlamentarische Ministerium schon im November zusammen, um dem autokratischen Ministerium Jamagata Platz zu machen.

Inzwischen aber war das Verhältnis Jamagatas zu Ito getrübt geworden. Ito war zwar vielseitiger und mit weiterem staatsmännischem Blick ausgestattet als Jamagata, besaß aber nicht dessen festen, unbeugsamen Charakter und beschloß daher, was ihm an intensiver Kraft fehlte, durch extensive Machtentfaltung zu ersetzen. Er gründete während der Reichstagsverhandlungen vom Frühjahr 1900 die Sejukai, den „Verein politischer Freunde". Diese Verschmelzung der alten Dsiuto Itagakis, der nunmehr vom politischen Leben zurücktrat, mit der Tekokuto oder Kaiserpartei (einer unbedeutenden Gruppe), seinen persönlichen Anhängern und einer Anzahl von Ueberläufern aus der alten Schimpoto, führte zu einer Unterhausmehrheit, die dem Ministerium Jamagata Opposition machte und es im November 1890, vor Eröffnung der neuen Tagung, zum Rücktritt nötigte. Aber Jamagata hatte das Oberhaus hinter sich und durchkreuzte durch dieses die Itoische Politik. Ito trat schon im Mai 1901 zurück. Nun übernahm Jamagatas rechte Hand, General Katsura, das Ministerpräsidium und regierte autokratisch. Der Reichstag wurde wiederholt aufgelöst, die Sejukai an die Wand gedrückt und durch Intrigen numerisch geschwächt. Ein Flügel trat aus, konstituierte sich als Daidoklub und Leibgarde Katsuras. Der Krieg gegen Rußland ließ die innere Politik zur Nebensache herabsinken, machte den Reichstag zu einem bloßen Registrierungsbureau der Regierung und erhöhte deren Macht außerordentlich.

Zwar mußte Katsura im Dezember 1905 endlich zurücktreten, um Sajondji Platz zu machen, der nach Itos erzwungenem Rücktritt von der Leitung der Sejukai dessen Nachfolger geworden war. Aber in das sogenannte zweite parlamentarische Ministerium (das vierte Itoministerium) wurden doch nur zwei Sejukaimitglieder, Hara und Matsuda, als Minister des Innern und der Finanzen, aufgenommen, und Sajondji mußte sich vor dem Amtsantritt verpflichten, das von Katsura bereits aufgestellte post-bellum-Programm durchzuführen. Es war daher auch ohne Bedeutung, daß die große Partei des Unterhauses, auf die sich Sajondji stützte, die Sejukai, bei den Wahlen vom Mai 1908 die absolute Stimmenmehrheit erlangte. Schon zwei Monate nach den Wahlen mußte das Ministerium, das durch den glänzenden Wahlsieg seine Stellung gefestigt zu haben schien, dem zweiten Ministerium Katsura Platz machen.

Die Ereignisse aus der Zeit dieses Ministeriums sind bekannt: die in der Sache erfolglose Konvertierung der Staatsanleihen; das Bündnis mit Rußland infolge des unüberlegten Antrages des amerikanischen Staatssekretärs Knox, betreffend Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen; die Annexion Koreas; die neuen Handelsverträge, die zu einer Reibung mit England und zur Verwandlung des englisch-japanischen Bündnisses in eine wertlose Entente führten; die Verarmung des Volkes und die finanzielle Not der Regierung; die tiefe Mißstimmung des Volkes und der sogenannte Anarchistenprozeß. Katsura mußte im Juli 1911 zurücktreten, und Sajondji durfte in sein zweites Ministerium vier Sejukaimitglieder einstellen.

Nun haben die Neuwahlen vom Mai 1912 dem sogenannten liberalen Ministerium nicht nur die alte, sondern sogar eine verstärkte Unterhausmehrheit gesichert. Denn von den nunmehr 381 Wahlkreisen — der Regierungsbezirk Okinawa (die Rinkininseln) entsendet 1912 zum erstenmal zwei Reichstagsabgeordnete — hat die Sejukai 210, die Kokuminto 91, der Tschuoklub 26 gewonnen, während von den übrigen 54 Gewählten sich wahrscheinlich bald 8 der Sejukai, 5 der Kokuminto, 6 dem Tschuoklub anschließen und die übrigen 35 (Wilden) sich zu einer Gruppe vereinigen werden. Denn allein zu stehen lieben die Abgeordneten in Japan noch weniger als anderswo. Es ist daher auch möglich, daß die Sejukai, die schon jetzt 218 Mitglieder zu haben sich rühmt, noch weiteren Zuwachs erhält.

Das bemerkenswerteste an den Wahlen ist die starke Dezimierung des Tschuoklubs, der von 56 auf 26 Mitglieder herabgesunken ist. Der Tschuoklub, unter Leitung des aus dem Polizeidienst hervorgegangenen früheren Landwirtschafts- und Handelsministers Oura (vom Ministerium Katsura) stehend, war als Elitetruppe der Reaktion verhaßt und hat daher zum Beispiel seine fünf Wahlkreise im Norden der Hauptinsel sämtlich verloren. Das japanische Volk ist demokratisch veranlagt, liebt das laisser faire, laisser aller und haßt die bureaukratische Bevormundung, was dem Ausländer nur deshalb in der Regel verborgen bleibt, weil die Regierung seit vielen Jahrhunderten eine despotische gewesen ist. Das Polizeiregiment der Tokugawazeit spukt noch heute überall. Die alte Samuraikaste verachtet auch tatsächlich das Volk als unbegabte Masse, schließt es auch von europäischen Ideen möglichst ab, um es nicht in Gärung geraten zu lassen. Die völlige Abschließung von westlichen Ideen ist aber ebenso unmöglich wie die Verhinderung der Ausbreitung sozialistischer Ideen, die mit der Großindustrie zugleich überall autochthon aufwachsen (als Schatten oder Nebenprodukt der Großindustrie) und in der Verarmung des japanischen Volkes infolge des übermäßigen Steuerdrucks den besten Nährboden haben. „Sozialistische" Ausschreitungen sind in Japan daher auch viel älter als die erste Berührung mit Europa. Sie haben in Japan — wie in Rußland — immer dann eingesetzt, wenn das Volk nichts mehr zu beißen und zu brechen hatte. Die immer zahlreicher werdenden Automobile in Tokio stehen in schreiendem Widerspruch zur Not des Volkes, und die sich mehrenden Todesfälle durch Ueberfahren sind der Exponent der Gleichgültigkeit der beati possidentes gegen die misera plebs. Das Volk fängt an zu denken. Und da auch das zeitige Ministerium (Gara von der Sejukai ist Minister des Innern) das Verschwinden des reaktionären Tschuoklubs herbeiführte, so ist er durch die Wahlen zu einer machtlosen Gruppe herabgedrückt.

Es könnte nun wiederum scheinen, daß die Stellung des Ministeriums für vier Jahre gesichert sei, da es eine überwältigende Reichstagsmehrheit hinter sich hat. Aber das Volk ist doch noch zu schlaff und die Masse der Reichstagsabgeordneten noch zu ländlich-einfach und ungebildet, als daß der Reichstag der über dem jeweiligen Ministerium stehenden autokratischen Regierung imponieren könnte. Das vorläufige Verbleiben des Ministeriums Sajondji hängt von der Frage ab, ob die im letzten Winter eingesetzte Verwaltungs- und Steuerreformkommission ihre Arbeiten mit einem nennenswerten Resultat abschließt oder nicht. Bringt sie gründliche Reformen und Erleichterungen, so hat das Ministerium noch 1½ bis 2 Jahre Lebenszeit. Andernfalls fällt es schon während oder nach den nächsten Reichstagsverhandlungen. Länger aber als bis 1914 wird es keinesfalls bestehen.

Ein neues Motuproprio des Papstes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 11. Juni.

Nach dem vatikanischen Korrespondenten des „Corriere della Sera" wird in der allernächsten Zeit ein neuer päpstlicher Erlaß über die Disziplin des Klerus erscheinen. Das neue Motuproprio soll die lange Reihe der bereits erlassenen Bestimmungen krönen, die das bekannte Reformprogramm Pius' bilden. Ueber den speziellen Inhalt des neuen Motuproprio werde an zuständiger Stelle noch äußerste Diskretion bewahrt.

Panik in den Dardanellenorten.

Gerüchte vom Erscheinen der italienischen Flotte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 11. Juni.

Elf italienische Kriegsschiffe sollen unmittelbar vor der Dardanellenmündung zwischen Imbros und dem Festland bei Kap Suvla kreuzen. Viele türkische Familien verschiedener Orte an den Dardanellen flüchteten nach Konstantinopel, da sie eine Landung der Italiener befürchten. Auch bei Aivalik, gegenüber von Mytilene, wurden italienische Schiffe beobachtet. — Am schwarzen Brett des deutschen Generalkonsulats befindet sich seit heute ein Anschlag, in der die Blättermeldung, die osmanische Regierung habe den ausgewiesenen Italienern Fristverlängerung bewilligt, als unrichtig bezeichnet wird. Das Generalkonsulat erhielt keinerlei derartige Mitteilung und macht die Interessenten aufmerksam, daß die Frist morgen abend abläuft. Bisher reisten erst fünftausend Italiener ab, morgen verlassen weitere zweitausend Konstantinopel. Mehrere Tausend werden aber die Frist wegen Mangels an Schiffen nicht einhalten können. Türkische Blätter berichten, der italienische Finanzier Volpi sei mit einem serbischen Paß in geheimer Mission hier eingetroffen und habe versucht, zu Mitgliedern der türkischen Regierung wegen Friedensverhandlungen in Beziehung zu treten. Die Blätter erklären, Volpi habe natürlich kein Entgegenkommen gefunden.

130 000 Streikende in England.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 11. Juni.

Langsam nur folgen die britischen Häfen dem Ruf der Londoner Streikführer, in den Generalstreik zu treten. Im ganzen sind bis jetzt aus Bristol, Southampton, Plymouth, Sunderland und Manchester dreizehntausend Mann zu den hundertzwanzigtausend Londoner Streikenden hinzugekommen. Die Auffassung ist deshalb nicht vereinzelt, daß der Streik lange nicht die Ausdehnung des Streiks vom vorigen Jahr annehmen dürfte. Gleichwohl wird der Streik auf jeden Fall den gesamten Warentransport schädigen und man wird das Ende dieser Woche abwarten müssen, ehe man ein klares Bild von dem Umfang der Arbeitseinstellung gewinnen kann. Daß die Regierung der neuen Wendung der Dinge mit der größten Aufmerksamkeit folgt, ist heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Asquith im Unterhaus erklärt worden. Asquith fügte hinzu, beide Parteien könnten weiter auf die guten Dienste der Regierung rechnen. Im Poplarviertel kam es heute nachmittag zu einer kräftigen Prügelei zwischen Streikenden und Streikbrechern, die jedoch weiter keine ernsten Folgen hatte. Die Lage ist deshalb besonders schwierig, weil der Präsident der Hafenbehörde, Lord Devonport, so starres Rückgrat zeigt. Die Hafenbehörde besteht noch gar nicht lange, denn sie ist erst auf Grund des neuen Gesetzes über den Londoner Hafen vom Jahre 1908 am 31. März 1909 eingerichtet. Außer dem Präsidenten und Vizepräsidenten besteht sie aus 33 Mitgliedern, unter denen ernannt werden vier vom Londoner Grafschaftsrat, zwei von der City, zwei von dem Handelsamt, einer von der Admiralität und einer vom Trinity House, der bekannten Gesellschaft für Schifffahrtsförderung. 25 weitere Mitglieder sind erstmalig vom Handelsamt ernannt worden. Nach dem Gesetz sind sie aber von den Vertretern der verschiedenen Handelsinteressen im Hafen zu wählen und sollen später auch in jedem einzelnen Fall zu gewählt werden. Die Regierung oder vielmehr das Handelsministerium ernannte auch den Präsidenten, der sich jetzt der Auffassung des Handelsamtes über den Streik sehr energisch widersetzt. Die Hafenbehörde hat Befugnis, die Hafenanlage zu verbessern, neue Docks, Kais und Piere zu bauen und dann noch Bureaus und Register aufzumachen, um für eine regelmäßige Beschäftigung der Dockarbeiter zu sorgen. Sie wird unterhalten durch die Tonnage-Abgaben. Gegen diese Behörde, die sich unter den Arbeitgebern des Hafens beinahe als die unversöhnlichste gebärdet, machen die Arbeiter jetzt Front. In der Tat haben sie ja auch in der Behörde keine rechtliche Vertretung und deshalb wollen sie an ihre Stelle eine Körperschaft setzen, die zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur anderen aus Arbeitern besteht, was vielleicht ein Fortschritt wäre. Denn sicherlich hat sich die Hafenbehörde in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht als Element der Versöhnung und des Ausgleichs gezeigt, was angesichts der eigenartigen Schwierigkeiten der Lage im Londoner Hafen besonders zu bedauern ist.

Ausdehnung des Hafenstreiks in Frankreich.

Der Streik der Matrosen und Heizer in Le Havre nimmt nach Pariser Depeschen einen beunruhigenden Umfang und sehr ernste Formen an. In der Stadt beginnen bereits die Lebensmittelpreise in die Höhe zu gehen, da man sich darauf gefaßt macht, daß der Ausstand allgemein werden wird. In einer gestern früh unter Vorsitz des Verbandsgeschäftsführers Delille abgehaltenen Versammlung von ungefähr 2000 streikenden Matrosen wurde der Beschluß gefaßt, daß auch das Bedienungspersonal sämtlicher im Hafen liegenden Schiffe in den Streik eintreten soll, falls der Staat tatsächlich Marinesoldaten als Ersatz der Streikenden stellt. Die Compagnie Générale Transatlantique hat sich nunmehr entschlossen, die Ausreise des Dampfers „La France" vorläufig hinauszuschieben. Die Seeleute der Kriegsmarine, die das Marineministerium zur Verfügung gestellt hat, müßten erst aus den verschiedenen Häfen zusammengezogen werden, was immerhin einige Tage in Anspruch nehmen würde. Aus diesem Grunde hat es